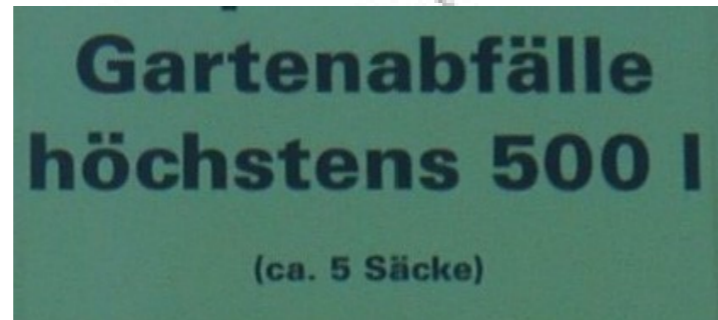


Mengenbegrenzung am Bauhof bleibt der falsche Weg

Bruchköbel.- Im Herbst 2016 wurde die Müllablieferung am städtischen Bauhof in Bruchköbel, die bis dahin nur gegen eine geringe Gebühr möglich war, vollständig kostenlos. Der Bruchköbeler BürgerBund (BBB) hatte davor gewarnt, weil steigende Müllmengen über die Kapazitätsgrenze des Bauhofs zu erwarten waren und Missbrauch durch die Ablieferung von Müll aus Nachbarkommunen zu befürchten war. Die Bedenken des BBB wurden durch den Bürgermeister in der entscheidenden Sitzung der Stadtverordnetenversammlung in den Wind geschlagen.

Tatsächlich ist es dann aber genau so gekommen. Die Müllmengen am Bauhof haben stark zugenommen, Warteschlangen bis auf die Hammersbacher Straße waren eher die Regel denn die Ausnahme. Kontrollen konnten den Missbrauch nicht verhindern. Die vom Bürgermeister daraufhin angeordnete Begrenzung der Müllmengen haben CDU und SPD jetzt durch eine neue Abfallsatzung nachträglich festgeschrieben. Sämtliche Änderungsvorschläge für beispielsweise die gemeinsame Ablieferung durch Hausgemeinschaften oder die Besitzer größerer Grund-

stücke wurden vom Tisch gefegt. Damit wird die kostenlose Ablieferung am Bauhof und auch die mögliche Entsorgung von Müll von Nicht-Bruchköbelern über die Abfallgebühren weiterhin von allen Bruchköbeler Gebührenzählern finanziert, unabhängig davon, ob sie diesen Service nutzen oder nicht.



Nach Meinung des BBB war die alte Regelung, nach der eine geringe Gebühr gezahlt werden musste, für die Bruchköbeler Bürger besser. Denn wer jetzt am Bauhof abgewiesen wird, muss seinen Müll auf entfernten Deponien gegen höhere Gebühren entsorgen. Die alte Regelung war auch gerechter: Die geringe Gebühr zahlte nämlich nur, wer tatsächlich Müll zum Bauhof brachte. Das hat jahrzehntelang gut funktioniert und ein Mülltourismus wurde weitgehend verhindert.



Weiches Wasser für unsere Bürger - jetzt!

Seit Jahren fordern wir vom Bruchköbeler BürgerBund weicherer und nitratärmeres Wasser für die Bruchköbeler Bürger. Das Trinkwasser in Bruchköbel ist nämlich extrem hart und kalkreich. Verkalkte Wasserleitungen, Kaffee- und Waschmaschinen sowie ein Mehrbedarf an Waschmittel sind die Folge. Beim Nitrat liegen die Werte relativ hoch, an einer Stelle in Bruchköbel sogar über den EU-Vorgaben. Spätestens seit der Kündigung des Wasserlieferungsvertrags mit den Kreiswerken Main-Kinzig im Dezember 2016 besteht die Möglichkeit, endlich besseres Wasser zu erhalten. Die Laufzeit dieses Konzessions- und Lieferungsvertrags endet mit dem 31.12.2017. Schon bei der Kündigung durch die Stadtverordnetenversammlung am 13.12.2016 haben wir gefordert, dass für den Abschluss eines neuen Vertrags Verhandlungen mit allen in Frage kommenden Wasserversorgern geführt werden. Hauptziele der Verhandlungen sollten sein: 1. ein möglichst geringer Nitratgehalt des zu liefernden Wassers, 2. ein möglichst geringer Härtegrad des zu liefernden Wassers und 3. möglichst niedrige Gebühren für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt.

Dieser Antrag mit klarem Arbeitsauftrag für den Bürgermeister wurde von CDU und SPD abgelehnt. Stattdessen blieb es bei einer bloßen Kündigung des Altvertrags mit den Kreiswerken.

Den Antrag, für Bruchköbel eine Beimischung weichen Trinkwassers zu prüfen, hatten wir erstmals 2010 gestellt; damals wurde er abgelehnt. Wir haben ihn dann erneut im August 2012 gestellt. Gegen die Stimmen von CDU und Grünen wurde er angenommen. Statt der geforderten Prüfung bis zur nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, brauchte der Magistrat 7 Monate bis zu einem Bericht im Fachausschuss. Dieser Bericht bot dann als Lösungsmöglichkeit auch nur eine Wasserenthärtungsanlage für 5 Mio. Euro an. Ziel unseres Antrags war jedoch die Beimischung weichen Wassers durch dessen Bezug aus anderen Versorgungsnetzen. Dies wurde u.a. im Bereich unseres Versorgers, der Kreiswerke Main-Kinzig als Lösung für zu hartes Wasser in Bereichen Schönecks umgesetzt.

Als neuer Partner in der Wasserversorgung kämen grundsätzlich die Maintalwerke, Hessenwasser, der Wasserverband Kinzig sowie die OVAG (Oberhessische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH mit

Sitz in Friedberg) in Betracht. Eventuell bieten sich für eine Zusammenarbeit auch die Stadtwerke Hanau/Mainova an. Seit der Kündigung vor einem Jahr ist nicht bekannt geworden, dass mit anderen in Frage kommenden Partnern ernsthafte Gespräche geführt wurden.



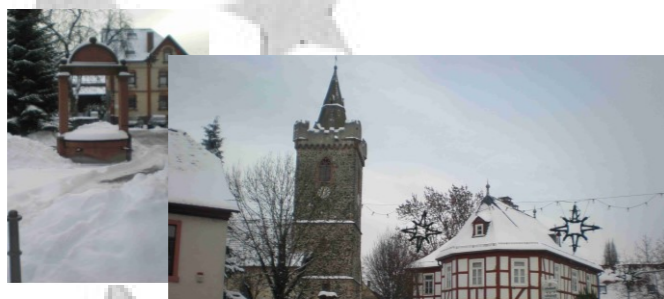
Stattdessen konnte man in einer gemeinsamen Pressemitteilung verschiedener Bürgermeister und der Kreiswerke Main-Kinzig lesen, dass sich alle auf eine Fortführung der Verträge geeinigt hatten. Dies ist vielleicht für umliegende Städte und Gemeinden akzeptabel, denn sie bekommen ausnahmslos weiches Wasser von den Kreiswerken Main-Kinzig geliefert. Bruchköbel ist mit dem Härtegrad von 23,6° einsame Spitze beim kalkhaltigen Wasser im Versorgungsgebiet. Dieser Härtegrad ist extrem hoch, da Trinkwasser bereits ab über 14° deutscher Härte als hart definiert ist. Da kann man nur mit Unverständnis den Kopf schütteln, dass der Bürgermeister über den Magistrat nun einen Vertragsentwurf für die Kreiswerke Main-Kinzig vorlegt, der eine Laufzeit von 20 Jahren haben soll. Besseres Wasser wollen die Kreiswerke dabei nur ermöglichen, wenn Stadt und Bürger die Mehrkosten selbst bezahlen. Das ist ungerecht, weil etwa Erlensee schon heute von den Kreiswerken viel besseres Wasser erhält. Schöneck erhält sein Wasser von der OVAG, und liegt mit Wasserhärte und Nitratwerten sogar noch unter den Werten Erlensees. Natürlich ist es für den verantwortlichen Bürgermeister bequemer, wenn er nicht mit neuen Vertragspartnern intensive Verhandlungen führen muss. Wenn dann zudem noch die Kreiswerke eine Verdoppelung der Einnahmen aus der Konzessionsabgabe für die Stadt versprechen, dann entfallen halt Sorgen und Kosten für verkalkte Leitungen, defekte Waschmaschinen und Haushaltsgeräte. Für den BBB ist überhaupt nicht ersichtlich, warum

Gedanken zu Weihnachten

Du kannst die Dunkelheit nicht abschaffen sinnlose Kriege nicht verhindern und den Hunger ganzer Völker nicht stillen.

Aber jeder von uns kann die Augen eines Kindes zum Leuchten bringen dem Blick des Fremden ein Lächeln entlocken und den Lippen des Kranken ein „Danke“.

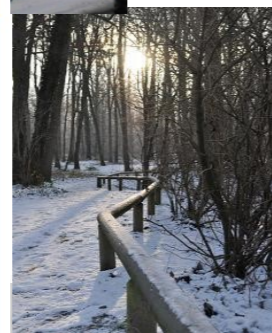
Corinna Mühlstedt



Bruchköbeler BürgerBund
★ frei - sozial - christlich

★ Ein gesegnetes und besinnliches Weihnachtsfest
★ sowie ein gutes und gesundes neues Jahr
★ wünschen Ihnen Vorstand und Fraktion des BBB

www.bruchkoebeler-buergerbund.de



Gott kommt oft anders, als du denkst.

Einst kam er als Kind in der Nacht, in einem Stall. Unerkannt von den meisten. Nur die Hirten vernahmten die Stimme des Engels. Manchmal geschieht es auch uns, dass mitten im Tag, mitten in der Stadt, mitten im Leben sein Ruf uns erreicht. Und tief im Herzen spüren wir: Du bist da.

Klaus Roos



die Bürger Bruchköbels für die nächsten 20 Jahre weiterhin das knallharte und nitrathaltige Wasser erhalten müssen, oder im Falle von Verbesserungen einen exorbitant hohen Trinkwasserpreis zahlen sollen. Da die Kreiswerke nicht auf die verständlichen Bedürfnisse der Bruchköbeler Bürger eingehen und keine kostenneutrale Abhilfe durch Zumischung besseren Wassers schaffen wollen, muss eben ein anderer Anbieter gesucht werden. Würde jetzt ein Vertrag über 20 Jahre abgeschlossen, wäre diese Chance vertan, zum Schaden der Stadt und aller Bürger.

Ein Jahr wurde seit der Kündigung vertan. Nun sollte unserer Meinung nach höchstens ein zweijähriger Versorgungsvertrag abgeschlossen und in dieser Zeit ein besserer Partner für die Bruchköbeler Wasserversorgung gefunden werden. Stattdessen haben CDU, SPD und der Bürgermeister kalkhaltiges, hartes Wasser für Bruchköbel für 20 Jahre beschlossen. Das kalkhaltige Wasser hat sich anscheinend nicht nur bei Leitungen und Geräten nachteilig ausgewirkt, wenn auch viele neutrale Betrachter über das Vorgehen der Bruchköbeler Rathausverantwortlichen nur noch den Kopf schütteln können.

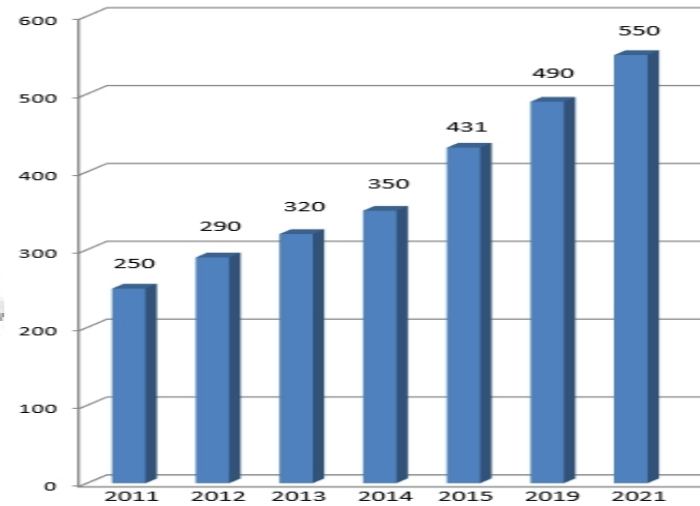
Keine Finanzierung der Tiefgarage durch die Erhöhung der Grundsteuer!

Bei der Beratung des vom Bürgermeister vorgelegten Haushalts für 2018 wurde erstmals deutlich, dass die neue Tiefgarage und das neue Rathaus mit den jetzt schon bekannt gewordenen Kostensteigerungen von 19 auf 25 Mio. Euro durch höhere Grundsteuern finanziert werden sollen. So sollen die Hebesätze der Grundsteuer B für bebaute Grundstücke 2019 um 59 Punkte auf 490 und 2 Jahre später um weitere 60 Punkte auf 550 v.H. erhöht werden. Zur Erinnerung: Bis 2011 waren wir in Bruchköbel jahrelang noch bei einem Hebesatz von 250 v.H. Nach den Plänen des Bürgermeisters und der ihn tragenden Koalition aus CDU und SPD wird jetzt der Steuersatz in 10 Jahren mehr als verdoppelt. Damit muss Schluss sein. Stattdessen sollten wir die gute Konjunkturentwicklung nutzen und dem Maintaler Beispiel der Senkung der Grundsteuer folgen. Entsprechend haben wir die Senkung der Grundsteuersätze A und B auf den Stand vor der letzten Erhöhung gefordert.

Wir wollen wieder den Seniorenbeirat in Bruchköbel einrichten. 31 Prozent der Bruchköbeler Bevölkerung sind über 60 Jahre. Die Tendenz ist steigend. Die öffentliche Vertretung der Interessen der Seniorinnen und Senioren war jahrelang ein wichtiger Bestandteil

Bestandteil in Bruchköbel. Nach der mangelhaften Einbeziehung in politische und Verwaltungsabläufe haben sich keine Bewerber für einen Seniorenbeirat mehr gefunden. Hier muss neben den Haushaltsmitteln besonders mehr Engagement des Magistrats erfolgen, damit diese wichtige Bevölkerungsgruppe unserer Stadt wieder mehr Gehör findet und mit Freude mitgestaltet.

Bruchköbel Grundsteuer B



Beim öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) muss der Main-Kinzig-Kreis seine Finanzierungspflicht erfüllen und die Stadt darf unberechtigte Forderungen nicht bezahlen - siehe dazu nebenstehenden Bericht.

Die Kosten des Sicherheitsdienstes für die Unterbringung der Asylbewerber betragen rund 300.000 Euro pro Jahr. Diese Kosten werden der Stadt Bruchköbel weder vom Landkreis, noch vom Land Hessen oder dem Bund erstattet. Zahlreiche unserer Nachbarkommunen kommen ohne einen entsprechenden Sicherheitsdienst aus. Für Bruchköbel ist keine besondere Situation ersichtlich, aufgrund derer ein solcher Dienst dringend erforderlich wäre. Zudem ist die öffentliche Sicherheit und Ordnung Aufgabe des Landes Hessen und nicht der Stadt Bruchköbel.

Weiter wollen wir im Haushalt 2018 die Förderung gemeinnütziger Institutionen fortsetzen, die Heizungssanierung der Mehrzweckhalle Niederissigheim aus dem Kommunalen Investitionsprogramm sicherstellen, länger nicht besetzte und offensichtlich nicht benötigte Planstellen streichen sowie die Mittel für die Arbeit des städtischen Personalrats klarer ausweisen und somit besser absichern.

Im Zuge der Abstimmungen zum Haushalt haben sich leider nur für eine teilweise Reduzierung der Kosten des Sicherheitsdienstes Mehrheiten ergeben. Damit sind Einsparvorschläge des BBB in Höhe von 700.000 Euro nicht angenommen worden, welche die Steuererhöhung vermieden hätten.

Main-Kinzig-Kreis beim Busverkehr endlich in die Pflicht nehmen

Der Stein ins Rollen kam im Jahre 2014 mit mehreren erheblich fehlerhaften Magistratsvorlagen zu sogenannten überplanmäßigen Ausgaben. Die BBB-Fraktion deckte damals die Fehler auf, die Fraktion der Grünen legte daraufhin klar und nachvollziehbar dar, dass vom Bürgermeister geltend gemachte Mehrausgaben im Bereich des Busverkehrs aufgrund der vertraglichen Vereinbarungen zwischen Stadt und Kreisverkehrsgesellschaft (KVG) aus dem Jahr 2009 in dieser Höhe gar nicht möglich waren. Eine Überprüfung oder gar Reaktion des Bürgermeisters auf diese konkreten Darlegungen erfolgte in den Jahren 2014, 2015 und 2016 nicht. Regelmäßig wurde im Rahmen der Haushaltsberatungen klar, dass die Haushaltsansätze um sechsstelligen Beträge überhöht waren, eine plausible Erklärung wurde vom Bürgermeister nie gegeben. Im März 2017 beantragten die drei Oppositionsfraktionen BBB, Grüne und FDP daher gemeinsam einen Akteneinsichtsausschuss zur Aufklärung der ständig stark überhöhten ÖPNV-Ausgaben.

Der offizielle Schlussbericht steht zwar noch aus, die Ausschussmitglieder von BBB, Grünen und FDP arbeiteten aber gemeinsam mit sehr großem Einsatz die wesentlichen Ergebnisse heraus, die wohl aufgrund der klaren Faktenlage niemand mehr bezweifeln wird. Demnach wurde das Jahr 2010 von der KVG richtig abgerechnet, ab 2011 waren die Rechnungen jedes Jahr zwischen 65.000 € und knapp 100.000 € überhöht. Bis zu seinem Ausscheiden aus dem Amt im Jahre 2012 hatte der damalige Erste Stadtrat Uwe Ringel auch in mehreren internen Mitteilungen die Verwaltung darauf hingewiesen. Dennoch wurden die Rechnungen nicht geprüft, sondern nach seinem Ausscheiden aus dem Amt unverzüglich bezahlt, ebenso in den Folgejahren bis einschließlich 2016, wobei auch die ausdrücklichen Hinweise der Fraktion der Grünen im September 2014 einfach ignoriert wurden. Durch diese Überzahlungen ist Bruchköbel ein Schaden von rund 530.000 € entstanden. Es wird zu klären sein, wie die Stadt dieses Geld, das ja den Bürgerinnen und Bürgern gehört, wieder zurückbekommt.

Wir ersparen uns in der Weihnachtszeit, diesen Vorgang zu bewerten. Das kann ohne weiteres jeder geneigte Leser nach den Feiertagen selbst tun. Der Verkehrsvertrag von 2009 ist nun mit dem Jahr 2017 ausgelaufen. Es handelt sich um einen Pauschalvertrag, nach dem die Stadt Bruchköbel jährlich für den Bus-

verkehr 825.000 € zuzüglich geringer Verwaltungskosten und einer begrenzten Möglichkeit der Preissteigerung zahlen sollte. Im Gegenzug erhielt sie die anteiligen Fahrgeldeinnahmen. Dieser Vertrag entsprach nicht dem Gesetz, weil die Stadt Bruchköbel als Kommune unter 50.000 Einwohner nicht für den öffentlichen Personennahverkehr zuständig ist, sondern vielmehr der Main-Kinzig-Kreis (§ 5 Hessisches ÖPNV-Gesetz). Der Kreis muss demnach hinsichtlich Organisation, Planung und vor allem Finanzierung eine ausreichende Bedienung der Bevölkerung mit Verkehrsleistungen sicherstellen. Hierzu gehören in jedem Falle der gesamte Schülerverkehr sowie der morgendliche und abendliche Pendlerverkehr und eine gewisse Frequenz über den Tag. Zusätzliche Leistungen, beispielsweise eine höhere Frequenz kann die Stadt Bruchköbel freiwillig bestellen. Das bisherige Vertragsmodell war daher natürlich für die Stadt Bruchköbel in zweifacher Hinsicht schädlich und ungerecht: einerseits bezahlte die Stadt Bruchköbel den ÖPNV in Bruchköbel selbst, obwohl sie das gar nicht musste, andererseits bezahlte sie über die Kreisumlage den ÖPNV der anderen Städte und Gemeinden des Main-Kinzig-Kreises mit. Auch hierdurch ist der Stadt ein erheblicher Schaden entstanden, der nach unseren Schätzungen bei rund 150.000 € jährlich liegen dürfte.



Vorbereitungen für einen gesetzeskonformen und gerechten neuen Verkehrsvertrag hatte der Bürgermeister leider nicht getroffen, so dass er in der Stadtverordnetenversammlung für das Jahr 2018 einen noch ungünstigeren Überbrückungsvertrag vorlegte, wonach die Stadt Bruchköbel eine halbe Million Euro zu zahlen gehabt hätte. Den Oppositionsfraktionen von BBB, Grünen und FDP ist es buchstäblich in letzter Minute gelungen, die Koalition aus CDU und SPD davon abzubringen, dem zuzustimmen. Es gibt also Hoffnung, dass es gelingt, ab 2018 im Bereich des ÖPNV jährlich einen zumindest sechsstelligen Betrag einzusparen.